



164. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
29.Mai 2015

Antrag 1

Einführung einer europaweiten gemeinsamen zweiten Amtssprache

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Die AK Wien fordert die Bundesregierung dazu auf, das Englische als europaweite zweite Amtssprache einzufordern.

In Anbetracht der immer tiefer gehenden Integration der Europäischen Union, ist es zielführend auch europaweit eine gemeinsame Amtssprache zu etablieren. Diese sollte in allen Ländern der Europäischen Union als zweite Amtssprache anerkannt werden. Die Sprache, die sich hierfür am besten eignet ist Englisch, es ist die häufigste gesprochene Fremdsprache in der Europäischen Union.¹

Dieser Schritt dient vor allem dazu, neben den bereits weitgehend abgebauten rechtlichen Schranken, auch faktische Schranken der Personenfreizügigkeit abzubauen. Sowohl dieser Abbau faktischer Schranken zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, als auch das pure Faktum, dass eine gemeinsame Sprache existiert, fördert das Gefühl einer gemeinsamen europäischen Identität.

¹ <http://sciencev1.orf.at/science/news/37865>, 17.4.2015

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



164. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
29.Mai 2015

Antrag 2

Investitionsschutzklauseln in Bi- bzw. Multilateralen Verträgen

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Die AK Wien fordert die österreichische Bundesregierung auf in aktuell und zukünftig abzuschließenden völkerrechtlichen Verträgen auf gemeinsame Investitionsschutzbestimmungen hin zu arbeiten.

Derzeit werden Freihandelsverträge zwischen der Europäischen Union mit Kanada und den USA verhandelt. Freihandelsverträge sind grundsätzlich selbstverständlich äußerst zu begrüßende Entwicklungen, solange sie nicht die Konsumentenstandards der betroffenen Staaten mindern. Sie fördern die gemeinsame Entwicklung unterschiedlicher Staaten und Staatenbünde, und bringen sie einander näher. Daneben gibt es noch wirtschaftlich positive Effekte, wie der barrierefreie Zugang zu neuen Märkten und neuen Waren und Dienstleistungen.

Ein besonderes Problem bei den aktuell auszuhandelnden Freihandelsverträgen sind allerdings die Investitionsschutzklauseln, die eine ad hoc Schiedsgerichtsbarkeit vorsehen. Dieses Instrument der Streitregelung und -beilegung ist in der internationalen Geschäftstätigkeit auf Grund seiner Unabhängigkeit und Schnelligkeit sehr beliebt und auch notwendig. Die Schiedsgerichte selbst, meist permanente Institutionen, strahlen jedoch nicht immer die auf Dauer nötige Vertrauenswürdigkeit aus, wie kürzlich zurückliegende Entwicklungen z.B. CIETAC´s zeigen.

Es erschließt sich also die Notwendigkeit der schnellen und effizienten Streitbeilegung in der internationalen Geschäftstätigkeit. In völkerrechtlichen Verträgen ist allerdings ebenso Augenmerk auf eine hohe Qualität der Rechtsprechung zu legen, die man zwar Schiedsgerichten nicht absprechen kann, jedoch wohl eher bei permanenten Rechtsprechungsorganen zu finden ist.

Die österreichische Bundesregierung wird daher aufgefordert, auf einen Internationalen Handelsgerichtshof hin zu arbeiten. Dieser Gerichtshof sollte eine vergleichbare Besetzung und Besetzungskriterien wie der EGMR aufweisen, allerdings ohne Durchlaufen der innerstaatlichen Gerichtsbarkeit angerufen werden können. Dadurch kann einerseits die Qualität der Entscheidungen, als auch das Vertrauen in diese gewährleistet werden, als auch die benötigte Schnelligkeit der letztgültigen Entscheidung eines Rechtsstreites erreicht werden.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



164. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
29.05.2015

Antrag 3

Gesetzlicher Mindestlohn in Österreich

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Aufgrund der Teuerungen bei den Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren muss es einen gesetzlichen Mindestlohn von „1500 Euro Brutto“ geben.

In Österreich wird seit langem schon über eine Mindestlohnregelung diskutiert. Diese Mindestlohndiskussion haben einundzwanzig EU- Länder bereits hinter sich und haben Mindestlohnregelungen. Mindestlöhne haben neben dem persönlichen finanziellen Vorteil für den Einzelnen Arbeitnehmer ebenfalls den Anreiz für einen (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt. und des damit verbundenen Rückganges der Schwarzarbeit. Aus diesem Grund befürwortet die Liste Perspektive einen gesetzlichen Mindestlohn von „1500 Euro Brutto“.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



164. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
29.05.2015

Antrag 4

Verstärkung der Gemeindebauoffensive durch die Stadt Wien

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Das Revival des Gemeindebaus durch die Stadt Wien muss viel mehr forciert werden. Jedes Jahr müssen mindestens 2000 neue Gemeindewohnungen entstehen.

Bürgermeister Michael Häupl hat verkündet, dass in Wien ab sofort jede zehnte neu errichtete Wohnung eine Gemeindewohnung sein wird. Die Entscheidung, wieder Gemeindewohnungen zu bauen, ist eine sehr positive Antwort auf die Kostenentwicklung bei den Mieten. Der Bürgermeister verkündete, dass in Wien 2000 neue Gemeindewohnungen entstehen sollen. Angesichts des Zuzugs von 20.000 Menschen pro Jahr nach Wien ist das nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Die Liste Perspektive fordert den Bau von mindestens 2000 neuen Gemeindewohnungen pro Jahr durch die Stadt Wien, um den Menschen in dieser Stadt wieder mehr leistbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------